

# TRADE NEWS

Von der Wirtschaft für die Wirtschaft –  
Schlaglichter der Handelspolitik



Herausgegeben vom DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.

Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte | Telefon 030 20308-0 | Fax 030-20308-1000  
Redaktion: Klemens Kober | E-Mail: [kober.klemens@dihk.de](mailto:kober.klemens@dihk.de) | [www.dihk.de](http://www.dihk.de)

**DIHK-Trade-News**

<b>Update</b> .....	2
EU-Mexiko Freihandelsabkommen: Siebte Verhandlungsrunde beendet .....	2
Verhandlungsmandat für Freihandelsabkommen mit Chile veröffentlicht .....	2
Reform der Handelsschutzinstrumente: Zustimmung im Europaparlament .....	2
WTO SME-Helpdesk gestartet.....	2
EU-Konsultation zu Produkt- und Markenpiraterie bis zum 31.03.2018 .....	3
Kanada reicht WTO-Klage gegen USA ein .....	3
Handelspolitik Gambias auf dem Prüfstand .....	3
Erster WTO-Generaldirektor Peter Sutherland verstorben .....	3
<b>Ressourcen</b> .....	4
DIHK veröffentlicht Stellungnahme zu EU-Australien/Neuseeland Freihandelsabkommen ....	4
UNCTAD-Bericht: Durch nicht genutzte EU-Freihandelsabkommen gehen 72 Mrd. € verloren.....	4
US-Russlandsanktionen: US-Administration veröffentlicht Personenliste.....	4
EU-Handelsregelungen fördern wirtschaftliche Entwicklung und Menschenrechte .....	5
Neues Informationsmaterial zu EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen .....	5
Aus Politik und Zeitgeschichte über Freihandel .....	5
EP-Studie EU-Marktzugangsstrategie der EU .....	5
EP-Briefing: Europaweiter Rahmens zu Investitionsprüfungen .....	5
<b>US Corner – News aus Washington</b> .....	6
USA beschließen Safeguards gegen Solarzellen- und Waschmaschinenimporte .....	6
Spotlight NAFTA: 6. Runde in Montréal.....	6
Weißes Haus stellt neue Sicherheitsstrategie vor.....	6
Anhörung von nominierten stellvertretenden US-Handelsbeauftragten .....	7
Erneute Anhörung zur CFIUS-Reform .....	7
<b>Asia Corner – News aus Singapur</b> .....	7
Verhandlungsabschluss des Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP)...	7
Verhandlungsbeginn Indonesien - Türkei Freihandelsabkommen.....	8
US-Korea Freihandelsabkommen: Erste Neuverhandlungsrunde.....	8

## Update

### **EU-Mexiko Freihandelsabkommen: Siebte Verhandlungsrunde beendet**

Vom 12. - 21.12.2018 fand die siebte [Verhandlungsrunde](#) zur Modernisierung des seit 2000 bestehenden EU-Mexiko Freihandelsabkommens in Brüssel statt. Dabei konnten einige Kapitel etwa zu KMU, Wettbewerb, Transparenz und Nachhaltigkeit bereits abgeschlossen werden. Weitere Verhandlungen sind insbesondere in den Kapiteln Öffentliche Beschaffung und geografische Ursprungsbezeichnungen nötig. Erstmals beinhaltet ein EU-Freihandelsabkommen zudem ein Kapitel zur Korruptionsbekämpfung. Die EU-Kommission hat am 25.01.2018 einen Bericht zur jüngsten Verhandlungsrunde veröffentlicht. Die nächsten Verhandlungen finden vom 5. - 9.02.2018 sowie vom 12. - 16.02.2018 statt. Die EU-Dokumente zu den Verhandlungen finden sie [hier](#).

### **Verhandlungsmandat für Freihandelsabkommen mit Chile veröffentlicht**

Am 22.01.2018 hat der Rat das [Mandat](#) für die Verhandlungen für die Modernisierung des Freihandelsabkommen mit Chile veröffentlicht. Die erste Verhandlungsrunde fand vom 15. - 19.01.2018 in Santiago de Chile statt. Ein Bericht zu den aktuellen Verhandlungen soll auf der Website der Kommission zusammen mit den wichtigsten Inhalten veröffentlicht werden.

### **EU-Parlament beschließt digitale Handelsstrategie**

Das EU-Parlament hat am 12.12.2017 als erste europäische Institution seine [digitale Handelsstrategie](#) „Auf dem Weg zu einer Strategie für den digitalen Handel“ beschlossen. Diese beinhaltet ein Bekenntnis gegen digitalen Protektionismus, wie etwa ungerechtfertigte Datenlokalisierungen und Datenspeicherungen, für den freien Fluss von Daten und die Betonung, dass der Schutz personenbezogener Daten in Handelsabkommen nicht verhandelbar ist. Diese Punkte sollen in alle zukünftigen EU-Freihandelsabkommen einfließen.

### **Reform der Handelsschutzinstrumente: Zustimmung im Europaparlament**

Am 23.01.2018 hat der Handelsausschuss des Europaparlaments der vorangegangenen politischen Einigung der EU-Institutionen [zugestimmt](#). Am 5. Dezember 2017 hatten sich die EU-Kommission, das EU-Parlament und der Europäische Rat auf eine finale Fassung der Reform der Handelsschutzinstrumente geeinigt. Die zukünftigen Regeln umfassen unter anderem eine Verkürzung von Antidumping-Untersuchungen der EU-Kommission sowie potenziell höhere Schutzzölle bei festgestellten Preisverzerrungen. Nach der noch ausstehenden formellen Zustimmung im Europäischen Rat und im Plenum des Europaparlaments können die neuen Regeln in Kraft treten.

### **WTO SME-Helpdesk gestartet**

Auf der 11. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO, die vom 10. - 13.12.2017 in Buenos Aires stattfand, hat die WTO zusammen mit dem International Trade Centre (ITC) und United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) auf Drängen der IHK-Organisation einen Trade-Helpdesk initialisiert, der KMUs dabei unterstützt, sich über internationale Handelsregeln zu informieren. Der kostenlose one-stop-shop der sich derzeit noch in der Beta-Phase befindet, soll dabei helfen die Informationsbeschaffungsdefizite zu bewältigen, mit denen insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu kämpfen haben. International tätige Unternehmen, die potentielle Exportmärkte suchen, können durch

den Helpdesk gebündelte relevante Informationen zu Zöllen und Steuern, Gesundheits- und Sicherheitsstandards, Complianceverfahren, Details über Export- und Importverfahren wie Vorversand-Formalitäten, aktuelle Handelsströme und Freihandelsabkommen abrufen. Schließlich können Unternehmen über ein Email-Nachrichtensystem in Echtzeit maßgeschneiderte Informationen über für sie relevante Märkte und Produkte bekommen. Der Trade Helpdesk soll bis 2020 voll funktionsfähig sein.

### **EU-Konsultation zu Produkt- und Markenpiraterie bis zum 31.03.2018**

Die EU-Kommission hat mit dem Ziel eine sogenannte „Watchlist“ zu erstellen, eine [Konsultation zu Produkt- und Markenpiraterie](#) in der EU gestartet. Es geht sowohl um die Angabe kritischer Staaten, als auch Online-Marktplätze. Alle Wirtschaftsbeteiligten sind aufgefordert schriftliche Beiträge mit Angaben zu einschlägig bekannten Märkten zu benennen, die in die Beobachtungsliste der Märkte für geistiges Eigentum für 2018 aufgenommen werden sollten.

### **EU-Konsultation zu regulatorischer Zusammenarbeit beim EU-Kanada-Handelsabkommen bis zum 16.02.2018**

Die Europäische Kommission ruft Interessenvertreter und zivilgesellschaftliche Akteure zur Einreichung von Vorschlägen für das Forum für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen im Rahmen des [umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada](#) auf. Die Kommission hat dazu am 18.01.2018 auf [ihrer Website](#) eine Konsultation gestartet, in der Interessierte ihre Ideen zu den für die regulatorische Zusammenarbeit wichtigen Bereichen und Themen vorstellen können.

### **Kanada reicht WTO-Klage gegen USA ein**

Am 20.12.2018 erhob Kanada bei der WTO Klage gegen die USA („[UNITED STATES – CERTAIN SYSTEMIC TRADE REMEDIES MEASURES](#)“), seinen wichtigsten Handelspartner. Kanada moniert in der 32-seitigen WTO-Beschwerde über 100 Fälle der letzten 20 Jahre, vorwiegend wegen zu hoher oder ungerechtfertigter Zölle. Mit der Beantragung von Konsultationen wird ein Verfahren nach den WTO-Streitbeilegungsregeln förmlich eingeleitet. Eine endgültige Entscheidung im WTO-Streitbeilegungsverfahren ist nicht in naher Zukunft zu erwarten, unter anderem auch aufgrund der US-Blockade bei der Neubesetzung offener Stellen im WTO-Appellate Body.

### **Handelspolitik Gambias auf dem Prüfstand**

Die dritte Überprüfung der [Handelspolitik Gambias](#) fand am 23. und 25.01.2018 statt. Sie erfolgte auf Basis eines Berichtes des Sekretariats der WTO und eines Berichtes der Regierung Gambias. Wichtigste handelspolitische Reform der letzten Jahre war die Einführung von Gemeinsamen Außenzöllen der *Economic Community of West African States*, zum 1.01.2017. Hervorgehoben wurde zudem die Ratifizierung des Trade Facilitation Agreements. Überprüfungen der Handelspolitik sind ein wichtiger Bestandteil der WTO: Alle Mitgliedstaaten der WTO werden regelmäßig Gegenstand einer solchen Untersuchung.

### **Erster WTO-Generaldirektor Peter Sutherland verstorben**

Der erste Generaldirektor der Welthandelsorganisation WTO, Peter Sutherland, ist am [7. Januar 2018](#) im Alter von 71 Jahren verstorben. Unter der Führung des Iren konnten die 123 Länder in den GATT-Verhandlungen der Uruguay-Runde mit dem Marrakesch-Abkommen eine Einigung erzielen, die unter anderem die Gründung der WTO zur Folge hatte.



## Ressourcen

### **DIHK veröffentlicht Stellungnahme zu EU-Australien/Neuseeland Freihandelsabkommen**

Die EU steht kurz vor dem Start von Verhandlungen zu Freihandelsabkommen mit Australien und Neuseeland. Der DIHK bezieht in seiner [aktuellen Stellungnahme](#) hierzu Position.

### **DIHK veröffentlicht Stellungnahme zur Modernisierung des EU-Korea Freihandelsabkommens**

Das EU-Korea Freihandelsabkommen ist das erste moderne Freihandelsabkommen der EU mit einem Industrieland. Nach mehrjähriger Implementierung gibt es bereits Diskussionen zur Modernisierung des Abkommens. Der DIHK bezieht in seiner [aktuellen Stellungnahme](#) hierzu Position.

### **UNCTAD-Bericht: Durch nicht genutzte EU-Freihandelsabkommen gehen 72 Mrd. € verloren**

Am 29.01.2018 veröffentlichte UNCTAD einen [Bericht](#) der aufzeigt, dass durch nicht genutzte EU-Freihandelsabkommen 72 Mrd. € verloren gehen. Diese Summe bezieht sich auf die von EU-Exporthandlern gezahlten Abgaben, die bei der Nutzung aller Präferenzen der EU-Freihandelsabkommen etwa mit der Schweiz oder Korea bieten, vermeidbar gewesen wären. Der DIHK setzt sich daher gemeinsam mit dem europäischen Kammerdachverband Eu rochambres für eine politische Zielsetzung von Nutzungsraten in EU-Abkommen über 75% ein. Als Grund für niedrige Nutzungsraten gelten vor allem komplizierte Ursprungsregeln. Ziel müssen für einfache horizontale Ursprungsregeln sein. Um Unternehmen bei der Berechnung des präferenziellen Ursprungs zu unterstützen, sollten die Ursprungsregeln aus allen EU-Freihandelsabkommen in Form eines Ursprungsrechners (Rules of Origin Calculator) auf der Website der EU bereitgestellt werden. Ein solches Instrument sollte über eine Webanwendung realisiert und kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Unternehmen könnten darin z. B. Einkaufspreise für Vormaterialien, Arbeitskosten für die Weiterverarbeitung sowie finale Verkaufspreise an den Endverbraucher eingeben. Ebenso sollten die in den Ursprungsprotokollen der beiden Handelsabkommen aufgeführten produktspezifischen Verarbeitungsregeln über entsprechende Auswahlfelder durch den Anwender zu ergänzen sein. Der Ursprungsrechner ermittelt auf Grundlage der eingegebenen Parameter, ob sich die jeweilige Ware für die Nutzung des Präferenzzollsatzes qualifiziert bzw. welche Wertschöpfungsanteile oder Bearbeitungsschritte noch fehlen.

### **US-Russlandsanktionen: US-Administration veröffentlicht Personenliste**

Im Rahmen der US-Russlandsanktionen (Countering America's Adversaries Through Sanctions Act, "CAATSA") hat die US-Administration eine Liste mit führenden Politikern und Oligarchen veröffentlicht. Es gibt keine Sanktionen gegen die aufgelisteten Personen. Vielmehr handelt es sich um eine Art "Naming and Shaming". Die veröffentlichte Liste basiert auf einer Deadline, die der Kongress der Trump-Regierung mit dem CAATSA auferlegt hat. Die Initiative zum CAATSA geht bereits auf das Jahr 2016 zurück und soll eine Reaktion auf die mögliche Einmischung Russlands in den US-Wahlkampf, aber auch Russlands Vorgehen in Syrien und auf der Krim darstellen. Nach Section 241 des CAATSA musste dem Kongress bis zum 29. Januar 2018 ein Bericht mit einer Liste über führende Politiker sowie eine Liste über Oligarchen vorgelegt werden, die Putin nahestehen bzw. deren Vermögen 1 Milliarde US-Dollar übersteigt. Zwar enthält der Bericht mit der Liste selbst keine Sanktionen. So heißt es auf Seite

2 des Berichts explizit, dass die Nennung einer Person in der Liste an sich nicht impliziert, dass Geschäfte mit solchen Personen für US-Personen oder ausländische Personen beschränkt wären. Die Liste soll aber der Abschreckung dienen und wird möglicherweise in der Zukunft für die Verhängung von Sanktionen genutzt. Insofern steht das Thema Extraterritorialität zumindest indirekt im Raum.

### **EU-Handelsregelungen fördern wirtschaftliche Entwicklung und Menschenrechte**

Laut einem am 19.1. von der Europäischen Kommission Dienst veröffentlichtem [Bericht](#) hat sich das Allgemeine Präferenzsystem der EU (APS), das präferenziellen Marktzugang für Entwicklungsländer bietet, positiv auf die Wirtschaften der Entwicklungsländer ausgewirkt. Seit das APS 2014 reformiert wurde stiegen die Ausfuhren aus von diesen Zollsenkungen begünstigten Ländern in die EU um fast ein Viertel. Die am wenigsten entwickelten Länder profitierten mit einer Exportsteigerung um 40 Prozent am meisten.

### **Neues Informationsmaterial zu EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen**

Die EU-Kommission stellt deutschsprachiges Informationsmaterial zu den [EU-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen](#) (EPA) zur Verfügung. Neben den „[Zehn Vorteilen von EPAs](#)“ ist nun auch eine Broschüre zu [unternehmerischen EPA-Erfolgsgeschichten](#) verfügbar. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen oder EPA sind Handels- und Entwicklungsabkommen zwischen den Ländern in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean, also den AKP-Staaten, und der EU. Die meisten AKP-Staaten setzen gerade die mit der EU vereinbarten EPA um. Ausführende in Entwicklungsländern können den "[Export Helpdesk for Developing Countries](#)" der Generaldirektion HANDEL zu Rate ziehen.

### **Aus Politik und Zeitgeschichte über Freihandel**

Die Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (A-PUZ) hat am 22. Januar 2018 eine Ausgabe zum Thema [Freihandel](#) veröffentlicht. Diese beinhaltet Beiträge zur Globalisierung, historische Aspekte des Freihandels, die EU und deren Positionierung zum Freihandel sowie die Rolle Chinas. Ebenso sind Beiträge zu US-Präsident Trumps „America’s First“-Politik und zur Bedeutung des EU-Außenhandels als Motor für nachhaltige Entwicklung enthalten.

### **EP-Studie EU-Marktzugangsstrategie der EU**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 13.01.2018 eine [Studie](#) veröffentlicht, die die europäische Market Access Strategy (MAS) und Market Access Partnership (MAP) analysiert. Beide sind Teil der EU-Handelsagenda und dienen dazu, den Marktzugang für exportorientierte EU-Unternehmen in Drittländern zu vereinfachen.

### **EP-Briefing: Europaweiter Rahmen zu Investitionsprüfungen**

Der Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlamentes hat am 19.01.2018 ein [Briefing](#) veröffentlicht, das einen Überblick über das derzeitige Gesetzgebungsverfahren zum Europäischen Investitionsprüfungsrahmen gibt. Die EU verfügt derzeit über eine der weltweit offensten Regelungen zu ausländischen Direktinvestitionen. Zwölf EU-Mitgliedsstaaten haben rechtliche Prüfinstrumentarien installiert, deren jeweilige inhaltliche Ausgestaltung jedoch voneinander abweicht. Die EU-Kommission hat am 13.09.2017 die Schaffung eines europaweiten Rahmens zu Investitionsprüfungen vorgeschlagen.

## US Corner – News aus Washington

### USA beschließen Safeguards gegen Solarzellen- und Waschmaschinenimporte

Am 22.01.2018 kündigte US-Präsident Donald Trump neue globale *Safeguards* an, die importierte Solarzellen und Waschmaschinen betreffen. Gemäß Section 201 des *Trade Act of 1974* darf der Präsident diverse temporäre Schutzmaßnahmen nach einer Untersuchung und Empfehlung von der *US International Trade Commission* einführen, wenn unerwartete Zunahmen von Importen die nationale Industrie schädigen können. Ungeachtet des Herstellungslandes betrifft eine *Safeguard*-Maßnahme alle US-Importe der entsprechenden Produktkategorie und bleibt maximal vier Jahre bestehen. Für Solarzellen betragen die *Safeguard*-Zölle im ersten Jahr 30% und sinken pro Jahr 5% bis auf 15% im vierten Jahr. Pro Jahr werden die ersten 2,5 Gigawatt von importierten Solarzellen von diesem Zoll ausgenommen. Analog sinkt der Zoll für Waschmaschinen schrittweise über drei Jahre von 20% dann 18% und schließlich auf 16% für die ersten 1,2 Millionen importierte Geräte pro Jahr. Nach Erschöpfung dieser Quote beträgt der Zoll 50%, 45% bzw. 40%. Zuletzt wurden *Section 201 Safeguards* in 2002 von der Bush-Administration für Stahlimporte eingeführt. Laut der *Solar Energy Industries Association* (SEIA) würden die Schutzmaßnahmen 23.000 Jobverluste in ihrer Industrie verursachen, sowie Milliarden von Investitionen für Solaranlagen verzögern. SEIA schätzt, dass von den 38.000 Amerikanern, die im verarbeitenden Bereich der Solarindustrie arbeiten, nur 2.000 in der Produktion von Solarzellen und Panels beschäftigt sind. 36.000 produzieren Zubehörteile wie Wechselrichter, Sonnennachlauf-Produkte und Gestelle.

### Spotlight NAFTA: 6. Runde in Montréal

Inmitten der 6. NAFTA-Verhandlungsrunde in Montréal haben die vier größten Wirtschafts- und Agrarverbände der USA das Bündnis *Trade4America* vorgestellt. Die *US Chamber of Commerce*, der *Business Roundtable*, die *National Association of Manufacturers* und die *American Farm Bureau Federation* stellen das Bündnis, das sich für eine Stärkung der Handelsabkommen wie NAFTA und KORUS einsetzt und deren Vorteile kommunizieren will, am 24.1. in Dallas, Texas, vor. Vor diesem Hintergrund veröffentlichte der *Business Roundtable* auch eine neue Studie, die darlegt, dass eine Aufkündigung NAFTAs im ersten Jahr zu einem Verlust von 1,8 Millionen US-Arbeitsplätzen führen würde. Die Minister der drei NAFTA-Länder werden die Verhandlungsrunde am kommenden Montag offiziell abschließen. Bis dahin laufen die Gespräche in Montréal weiter und auch in Davos werden informelle Gespräche geführt. Um die Forderungen der USA nach einem erhöhten NAFTA-Anteil bei Automobilen entgegenzukommen, wird u.a. auch diskutiert, inwieweit Software und andere High-Tech-Komponenten in Zukunft in die Berechnung des Ursprungs einbezogen werden können.

### Weißes Haus stellt neue Sicherheitsstrategie vor

Am 18.12.2017 stellte Präsident Trump die neue [Nationale Sicherheitsstrategie der USA](#) vor, die eine ausgeprägte wirtschaftliche Dimension hat. Die US-Administration ist gegenüber dem Kongress verpflichtet, diese Strategie regelmäßig zu veröffentlichen und darzulegen, wie sie die Sicherheit der USA garantieren möchte. Die Strategie wird in einer öffentlichen und einer regierungsinternen Version erarbeitet. Die von der Trump-Administration vorgelegte Strategie besteht aus vier Pfeilern, die jeweils mehrere Unterpunkte beinhalten, die von der Grenzsicherung und Terrorismusbekämpfung über Cybersicherheit und wirtschaftliche Stärke bis zur Stärkung der Armee und zu den Prinzipien für die internationale Kooperation reichen. Pfeiler II stellt heraus, dass wirtschaftliche Stärke Voraussetzung für ein sicheres Amerika sei. Daher

solle die Wirtschaft durch Deregulierung, Steuerreform, Infrastrukturinvestitionen, Haushaltsdisziplin und duale Berufsbildung gestärkt werden. Bei der Handelspolitik werden die Elemente Fairness, Reziprozität und eine stärkere Durchsetzung gegenüber unfairen Handelspraktiken betont. Im nationalen Sicherheitsinteresse sei auch eine Stärkung des *US-Manufacturing*. Die USA bekennen sich in der Strategie ferner zur internationalen Kooperation und zum Engagement in multilateralen Institutionen wie den Vereinten Nationen, der WTO oder der Weltbank, die jedoch reformiert werden müssten. Europa wird als wichtiger Partner herausgestellt, mit dem man die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit ausbauen wolle. Kritisiert wurde dagegen der außen- und wirtschaftspolitische Kurs von China und Russland.

### **Anhörung von nominierten stellvertretenden US-Handelsbeauftragten**

Am 17.01.2018 fand im Finanzausschuss des Senats die Anhörung zweier Kandidaten statt, die für die Positionen von stellvertretenden US-Handelsbeauftragten vorgeschlagen wurden. Dennis Shae ist vorgesehen für den Posten als US-Botschafter für die Welthandelsorganisation, CJ Mahoney als stellvertretender US-Handelsbeauftragter für Investitionen, Dienstleistungen, Arbeit, Umwelt, Afrika, China und die westliche Welt. Im Fokus der Anhörung standen die Handelsbeziehungen zu China sowie die Erneuerung des Handelsabkommens NAFTA mit Kanada und Mexiko. Die Kandidaten betonten in ihren Antworten, dass es wichtig sei an NAFTA festzuhalten, aber Neurungen wie die Aufnahme von Arbeitsbedingungen und Umweltstandards in das Abkommen wichtig seien. Aufsehen erregte die Aussage des Senators Tim Scott (R-SC), die Bestätigung aller Handelskandidaten blockieren zu wollen bis der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer sich inhaltlich mit den Handelsfragen seines Wahlkreises beschäftige. (vs)

### **Erneute Anhörung zur CFIUS-Reform**

Zum zweiten Mal innerhalb eines Monats fand am 09.01.2018 eine Anhörung zum Thema Modernisierung der *Committee on Foreign Investment in the United States* (CFIUS)-Gesetzgebung vor dem Unterausschuss des Repräsentantenhauses für Währungspolitik und Handel statt. Evaluert wurde, wie man das seit 10 Jahren nicht mehr aktualisierte Gesetz modernisieren könnte, um die nationale Sicherheit der USA durch den *CFIUS Review* Prozess besser zu schützen. Während ausländische Investitionen generell begrüßt wurden, konzentrierten sich die geäußerten Bedenken vor allem auf chinesische Investitionen und potenzielle Bedrohungen durch Diebstahl geistigen Eigentums. In der Anhörung wurde darauf verwiesen, dass China im vergangenen Jahr 46 Milliarden US \$ in Europa investiert habe; Deutschland stehe mit insgesamt 25,5 Milliarden US \$ auf Rang 10 der Empfänger chinesischer Investitionen im Zeitraum von 2005 bis 2017. Langfristig sei eine bilaterale oder kollektive Zusammenarbeit, z.B. im Rahmen von G7 oder OECD notwendig, so u.a. der angehörte Rod Hunter, Partner bei Baker & McKenzie LLP und ehemals *Special Assistant* des Präsidenten und *Senior Director des National Security Council*.

### **Asia Corner – News aus Singapur**

#### **Verhandlungsabschluss des Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP)**

Die politische Neuverhandlung von TPP-11 wurden auf dem APEC Gipfel am 11. November 2017 erfolgreich abgeschlossen. TPP wurde umbenannt in „Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership“ (CPTPP). Australien, Neuseeland, Japan, Vietnam, Brunei, Singapur, Malaysia, Peru, Kanada, Chile und Mexiko sind Teil des Abkommens, das fast identisch zum TPP-Abkommen ist. Abweichungen bestehen durch einige ausgesetzte Klauseln bezüglich



des Schutzes des geistigen Eigentums. Am 19. Januar 2018 wurden noch ausstehende Detailfragen geklärt. Die Unterzeichnung von CPTPP ist für März 2019 in Chile geplant. Das Abkommen wird 60 Tage nachdem 50% der Vertragspartner das Abkommen ratifiziert haben, in Kraft treten.

### **Verhandlungsbeginn Indonesien - Türkei Freihandelsabkommen**

Indonesien und die Türkei hatten 2017 die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen beschlossen. Die erste Verhandlungsrunde des Indonesien-Türkei Freihandelsabkommens (IT-CEPA) fand vom 8. bis 11.01.2018 in Jakarta, Indonesien statt. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen den zwei Staaten belief sich im Jahr 2016 auf circa 1,33 Mrd. US \$. Dieser liegt in den Verhandlungen vorerst auf dem Warenbereich. Beide Seiten wollen die Verhandlungen noch im Jahr 2018 abschließen.

### **US-Korea Freihandelsabkommen: Erste Neuverhandlungsrunde**

Am 05.01.2018 hat die erste Verhandlungsrunde zur von den USA geforderten Neuverhandlung des US-Korea Freihandelsabkommens (KORUS) in Washington, USA, stattgefunden. In den Neuverhandlungen geht es hauptsächlich um den Automobilsektor sowie den Marktzugang im Agrarbereich. KORUS war am 15. März 2012 in Kraft getreten und beinhaltet Kapitel zu Marktzugang im Waren und Dienstleistungsbereich, Investitionen, elektronischem Handel, geistigem Eigentum, technischen Handelshemmnissen, öffentlichem Beschaffungswesen und Regulierungen von Arbeit- und Umweltschutzstandards.

Dies könnte Sie auch interessieren:

**Brexit Newsletter** <https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeische-union/brexit/newsletter>

**NewsInternational** <https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/news-international>